

«Big Brother» hat nicht freie Bahn

Videoüberwachung Auch Solothurner Schulen wünschen sich mehr Kameras. An der Oltner Berufsschule hat die Datenschützerin nun ihr Veto eingelegt

VON SVEN ALTERMATT

Das lässt selbst die Macher der Realityshow «Big Brother» vor Neid erblassen: 46 Überwachungskameras hat das Schulhaus Herzogenmühle in der Stadt Zürich installiert, wie der «Tages-Anzeiger» jüngst aufgedeckt hat. Grosse Glupschaugen wachen über den Pausenhof, Hotspots werden anhaltend gefilmt. Ziel dieser wahren Kamera-Armada: weniger Diebstähle, Vandalismus und Gewalt auf dem Schulgelände.

Auch an Solothurner Schulen sind die elektronischen Augen längst eingezogen. Den Anfang machte 1998 das Oberstufenzentrum Derendingen-Luterbach. Die Kreisschule Bechburg in Oensingen, die Oberstufe in Obergösgen und die Dulliker Schulanlagen folgten. 2009 sah die Kantonsschule Solothurn keine andere Möglichkeit, als Kameras zu installieren. Beschwerden von Eltern wegen Sachbeschädigungen und Diebstählen hätten sich gehäuft, erklärte Rektor Stefan Zumbrunn damals. Seitdem sollen Kameras an «empfindlichen Orten» wie dem Velokeller für Sicherheit sorgen. Mit ihrem Wunsch ist die Kantonsschule nicht allein. Zwar wird keine kantonale Übersicht mit Kameras an Schulen geführt - das sei Sache der Gemeinden, heisst es im Volksschulamt. Aber nicht nur die Kanti hat in den vergangenen Jahren fleissig aufgerüstet, wie unsere Recherchen zeigen.

«Zu grosse Erwartungen»

In Subingen klagten Anwohner immer mal wieder über Lärm und mutwillige Zerstörungen beim Schulhaus. Dort also, wo sich Jugendliche gerne in ihrer Freizeit treffen. Seit vier Jahren zählt die Gemeinde auf den Dienst einer Überwachungskamera. Hat diese ihren Zweck erfüllt? Ja, sagt Gemeindepräsident Hans Ruedi Ingold (SP): «Es gibt weniger Vandalismus und Zerstörung.» Für die Aufklärung von Delikten werde die Kamera jedoch nur «sehr zurückhaltend» eingesetzt.

Das gleiche Schema in Niedergösgen: Auch hier hatte die Schule häufig mit Vandalen und Littering zu kämpfen, auch hier sollte eine Videoanlage für Recht und Ordnung sorgen. Die Kamera habe zu weniger Delikten geführt, bilanzierte die Schulleitung im vergangenen Jahr. Littering sei allerdings weiterhin ein Problem.

Das gemischte Fazit aus Niedergösgen passt zu den Einschätzungen von Judith Petermann. Die kantonale Datenschützerin verfolgt die Installation von Kameras kritisch. «Manchmal werden an Videoüberwachungen zu grosse Erwartungen geknüpft», sagt Petermann. Gewisse Schulen hofften, damit Probleme möglichst einfach lösen zu können.

ÜBERWACHUNGSKAMERAS

Was darf der Staat?

Die Überwachung durch Kameras ist ein Eingriff in den Schutz der Persönlichkeit. Behörden dürfen Kameras nur unter gewissen Bedingungen installieren:

- Es sind keine **milderen Massnahmen** möglich.
- Die Delikte, die verhindert werden sollen, sind **nicht untergeordneter Art**, wie etwa Ruhestörungen.
- Die Überwachung ist **zeitlich und örtlich** auf ein Minimum zu beschränken.
- Betroffene müssen auf die Überwachung mit Schildern **aufmerksam gemacht** werden.
- In einem Reglement ist **der genaue Einsatz** der Kameras zu regeln.

Für Überwachungen durch kantonale Institutionen und Gemeinden ist die Solothurner Datenschützerin zuständig, für jene durch Private der eidgenössische Datenschützer.

Andere seien sich nicht bewusst, dass mit der Überwachung in die Persönlichkeitsrechte der Schüler eingegriffen wird. Petermann: «Man darf nicht davon ausgehen, dass Videoüberwachung zur Standard-Infrastruktur einer Schule gehört.» Für die Datenschützerin ist klar, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt werden muss. Kameras sollten nur als letztmögliches Mittel eingesetzt und Aufnahmen spätestens nach 96 Stunden gelöscht werden.

Veto der Datenschützerin

Warum überhaupt Kameras in Schulen? Im Vordergrund, weiss Datenschützerin Petermann, steht der Kampf gegen Sachbeschädigung und Diebstahl. Allein die Durchsetzung der Schulordnung ist kein zulässiger Grund für die Installation - anders als etwa im Kanton Aargau.

Prävention, Aufklärung und Stärkung des Sicherheitsgefühls: Das sind die drei Argumente, mit denen der Ausbau der Videoüberwachung gerne begründet wird. Argumente, die alles andere als unumstritten sind. Oder anders gesagt: «Manchmal wirken Kameras, manchmal beschränkt und manchmal nicht», sagt Petermann.

Wann sind Kameras als pädagogisches Mittel angebracht? Sinnvoll sei die Überwachung, wenn kein Schüler mehr auf dem Gelände ist und in einer Schule oft eingebrochen wird. Zu diesem Schluss kommen Studien der Universität Hamburg. Allzu weitreichend ist der Nutzen der Überwachung

offenbar nicht: Schwächere oder Opfer von Gewalt könnten damit kaum geschützt werden, heisst es bei den Konfliktforschern. Videoüberwachungen an Schulen sind nicht generell bewilligungspflichtig. Nur, wenn Kameras «besondere Risiken für Rechte und Freiheit der betroffenen Personen» bergen, landet ein Gesuch auf dem Tisch der Datenschützerin. So wurden etwa auch die Kameras an der Solothurner Kanti einer Vorabkontrolle unterzogen - und bewilligt. Anders beim Berufsbildungszentrum (BBZ) in Olten. Nach Informationen dieser Zeitung musste die Schule auf Kameras verzichten, nachdem die Datenschützerin interveniert hatte. Alain Légeret, Leiter Dienste am BBZ, bestätigt: «Wir planteten, die Eingänge mit Kameras zu überwachen.» In Eingangsbereichen, so die Datenschützerin, würden jedoch kaum strafbare Handlungen begangen. Deshalb sei eine Überwachung aller Schüler und Lehrer nicht zulässig. Die Fachhochschule in Olten will in ihren Eingängen ebenfalls Kameras anbringen. Seit 2013 läuft eine Vorabkontrolle, das Verfahren ist bis heute nicht abgeschlossen.

Auf Kameras verzichtet

Allen Gelüsten nach mehr Überwachung zum Trotz: Von Dimensionen wie in der Stadt Zürich, wo 600 Kameras über 20 Schulhäuser wachen, scheinen die Solothurner Schulen noch weit entfernt. «Im Kanton Solothurn werden öffentliche Gebäude tendenziell weniger videoüberwacht als in gewissen anderen Kantonen», weiss Datenschützerin Petermann. Mehrere Schulen haben den Einsatz von Kameras geprüft, dann aber davon abgesehen. Die Schuldirektion der Stadt Solothurn hat sich gegen Kameras ausgesprochen. In Olten wird nach Angaben der Schuldirektion nur ein Pausenhof von Kameras beobachtet - dort seien regelmässig Drogendealer anzutreffen. Und in Grenchen hat man aus Datenschutzgründen auf Kameras verzichtet. «Trotz Vandalen ist es nicht in Ordnung, einen Ort permanent zu filmen», erklärt Rolf Glaus, Mitglied der Schulleitung. Eine Haltung, die ganz im Sinne der Datenschützerin sein dürfte.



**DIESE SCHULE WIRD
VIDEOÜBERWACHT**

MONTAGE: ORIL KAMMERMANN